

KAS/ACDP 07-001-22011

HAMBURGER PROGRAMM

CDU



DAS PROGRAMM DER
CHRISTLICH DEMOKRATISCHEN UNION
FÜR DEN ZWEITEN DEUTSCHEN BUNDESTAG

DEUTSCHLAND

SOZIALER RECHTSSTAAT IM GEEINTEN EUROPA

Unter der Kanzlerschaft Konrad Adenauers hat die Christlich Demokratische Union in den letzten vier Jahren das deutsche Volk in der Bundesrepublik aus Hunger, Not und tödlicher Vereinsamung herausgeführt.

Wir geben angesichts der kommenden Bundestagswahl Rechenschaft von dem Geleisteten und verkünden für den nächsten Bundestag unser Programm.

Auf allen Lebensgebieten wurden große und entscheidende Erfolge erzielt.

Wir wissen, daß diese Erfolge dem ganzen Volk, den Schaffenden in allen Berufen, den deutschen Müttern und Hausfrauen und der Hilfe des Auslandes mit zu verdanken sind.

Die Kraft unseres Volkes konnte sich aber nur deswegen so entfalten, weil wir seinem Fleiß und seiner Tüchtigkeit mehr vertraut haben als kollektivem Zwang und bürokratischer Bevormundung.

Es ist das geschichtliche Verdienst der Christlich Demokratischen Union, daß unter ihrer Führung die innen- und außenpolitischen Voraussetzungen für den deutschen Wiederaufbau geschaffen wurden. Wir werden das begonnene Werk mit der Zustimmung des Volkes nach den bewährten Grundsätzen unserer Politik weiterführen.

I. STAATSPOLITISCHE GRUNDFORDERUNGEN

Es ist Aufgabe des Staates, dem Menschen zu dienen. Der einzelne soll als freier Bürger Träger der Verantwortung für das Ganze sein. Die Staatsgewalt hat keinen Totalitätsanspruch.

Deswegen kämpfen wir für die Rechte der Familie und den freien Lebensbereich des einzelnen, in dem sittlich-verantwortliche Entscheidungen möglich sind. Gleiches gilt für den Eigenbereich freier Organisationen im sozialen Leben.

Die öffentlichen Aufgaben sind zunächst von der gemeindlichen Selbstverwaltung zu erfüllen. Die Staatsgewalt hat nur die Aufgaben, die im Bereich der Selbstverwaltung nicht gelöst werden können.

Die Kirchen haben im öffentlichen Leben einen wichtigen Auftrag, dessen Erfüllung in voller Freiheit und Unabhängigkeit von der Staatsgewalt gesichert sein muß.

Jedes einseitige Machtstreben von Interessengruppen lehnen wir ab, weil nur das Wohl des Ganzen Ziel der Politik sein darf. Interessenparteien sind Totengräber der staatlichen Ordnung. Splitterparteien stören die Voraussetzungen für echte politische Entscheidungen.

Wir erstreben das Personen- und Mehrheitswahlrecht. Es fördert echte politische Willensbildung, wirkt der Zersplitterung entgegen und schafft klare Mehrheitsverhältnisse im Parlament, die stetige Regierungsarbeit sichern. Es verbindet die Wähler mit ihren Abgeordneten, mit der Volksvertretung und den Parteien.

Unsere Rechtsordnung ist fortzubilden. Bei der Anpassung des Familienrechts an die von uns bejahte Gleichberechtigung von Mann und Frau ist die natürliche Ordnung der Familie und Ehe für die Christlich Demokratische Union Ausgangspunkt und Richtschnur.

Wir wollen dem deutschen Richter durch ein Richtergesetz die ihm nach dem Grundgesetz gebührende Stellung verschaffen, Verfahren und Organisation der Gerichte verbessern und die längst fällige Strafrechtsreform durchführen.

Die Entschädigung der vom Nationalsozialismus Verfolgten ist noch

von diesem Bundestag zu regeln. Die bei der Rückerstattung entstandenen unbilligen Härten müssen angemessen ausgeglichen werden.

In der Verwaltung wollen wir das bewährte, dem Dienst am Volke verpflichtete *Berufsbeamtentum* fördern, seine fachliche Leistungsfähigkeit sichern und seine wirtschaftliche Existenz durch eine Besoldungsreform gewährleisten, die der Verantwortung des einzelnen und der Sicherung der Familie gerecht wird.

Wir stehen zu den deutschen Soldaten, der ihrer besten Überlieferung getreu, sich dem Volk in sittlicher Verpflichtung verbinden. Das den pflichttreuen deutschen Soldaten nach dem Zusammenbruch von 1945 geschehene Unrecht hat ihre Ehre nicht berührt. Die gerechte Bereinigung der Kriegsverurteiltenfrage ist uns ein besonderes Anliegen. Eine sofortige Ergänzung des Gesetzes zu Artikel 131 muß Unbilligkeiten in der Versorgung der ehemaligen Berufssoldaten, insbesondere der Berufsunteroffiziere, ausgleichen.

Unserem Volk droht die schwere Gefahr einer sozialen Verkümmern der geistigen und künstlerischen Berufe, insbesondere des Nachwuchses. Dieser Gefahr müssen wir dadurch begegnen, daß wir die wirtschaftliche Stellung dieser Berufe festigen und stärken. Das gilt sowohl für Ärzte, Künstler und andere freie Berufe als auch für die Lehrer, Hochschullehrer und den gesamten wissenschaftlichen Nachwuchs.

Die Christlich Demokratische Union erstrebt eine vom Christentum getragene Lebensgemeinschaft des ganzen deutschen Volkes.

Alle Versuche, den überwundenen konfessionellen Hader neu zu entfachen, lehnen wir einmütig und entschlossen ab.

II. EINGLIEDERUNG DER VERTRIEBENEN UND FLÜCHTLINGE

Eine entschiedene Vertriebenenpolitik dient dem Wohle des Gesamtvolkes. Auch das unverzichtbare Recht auf die Heimat ist ein Anliegen des ganzen deutschen Volkes.

Durch die Gesetzgebung des Bundes sind die Grundlagen für eine beschleunigte Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge ge-

schaffen worden. Es muß sichergestellt werden, daß die Früchte dieser Gesetzgebung den Berechtigten unverzüglich zugute kommen. Das gilt besonders für die Hausrathilfe und den Wohnungsbau, der bisher schon den Vertriebenen 375 000 eigene Neubauwohnungen gebracht hat. Lagerunterkünfte müssen so schnell wie möglich geräumt werden und die Alten und Erwerbsunfähigen in den Genuß ihrer Ansprüche kommen.

Eine großzügige landwirtschaftliche Siedlung für die vertriebenen und geflohenen Bauern ist durch Lastenausgleich- und Vertriebenen-gesetz ermöglicht worden. Sie muß mit Nachdruck vorangetrieben werden. Das gilt auch für Maßnahmen in der gewerblichen Wirtschaft, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die innere und äußere Umsiedlung und die Ausbildung und Förderung der Vertriebenen- und Flüchtlingsjugend, für die ebenfalls durch die gleichen Gesetze die finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen worden sind.

Überall, wo es möglich ist, muß auf die Bildung von Eigentum hingearbeitet werden.

Wir erstreben auf jedem möglichen Wege die Mithilfe des Auslandes zur befriedigenden Lösung dieses gewaltigen Problems, das die Kräfte des deutschen Volkes übersteigt.

III. WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

In einer Zeit lebensgefährlichen Tiefstandes von Produktion und Versorgung hat die Christlich Demokratische Union die Hauptverantwortung für die deutsche Wirtschaftspolitik übernommen.

Durch die soziale Marktwirtschaft haben wir die produktiven Kräfte des Volkes von den Lähmungen der Zwangswirtschaft befreit und durch Leistungswettbewerb zur Entfaltung gebracht.

Die Herstellung von Wirtschaftsgütern wurde verdreifacht; in der Landwirtschaft haben die Bodenerträge den Vorkriegsstand überschritten;

2½ Millionen Arbeitsplätze wurden neu geschaffen;

die Kaufkraft des Lohnes der Industriearbeiterschaft ist über den Vorkriegsstand gestiegen;

die Spareinlagen sind auf rund 8 Milliarden DM angewachsen; im Außenhandel ist die Einfuhr seit 1948 von 3,2 Mrd. auf über 16 Mrd. DM, die Ausfuhr von 1,3 Mrd. auf fast 17 Mrd. gestiegen. Diese Stärkung der Wirtschaft hat die Steigerung unserer Sozialleistungen ermöglicht. Diese sind innerhalb von zwei Jahren um 7 Mrd. DM gewachsen;

die Leistungen für Vertriebene und Flüchtlinge sind von 4,36 Mrd. (1949) auf 6,76 Mrd. DM (1951) gestiegen;

fast 1,5 Millionen neuer Wohnungen wurden in drei Jahren gebaut.

Wir haben wieder eine leistungsfähige Wirtschaft. Auf diesem Fundament haben wir nunmehr nach den bewährten Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft folgende Aufgaben zu lösen:

weitere Steigerung und Verbilligung der Gütererzeugung;

Verbesserung des Lebensstandards für alle;

die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung, des freien Bauern und des mittelständischen Gewerbes;

Ausbau der sozialen Sicherung, insbesondere für ältere Angestellte, Rentner, Pensionäre, die Opfer des Krieges und seiner Folgen;

Bildung von persönlichem Eigentum für breite Schichten des Volkes.

Eine durch staatlichen Zwang zentral gelenkte Wirtschaftspolitik lehnen wir ab, weil sie die produktiven Kräfte lähmt, statt sie zu fördern, und weil sie mit einer freiheitlichen Rechtsordnung unvereinbar ist. Wir bejahen die planvolle Beeinflussung der Wirtschaft mit marktgerechten Mitteln, die gesetzliche Sicherung des Leistungswettbewerbs und die Erfüllung der uns aufgegebenen sozialen Verpflichtungen.

Aus dieser Grundhaltung erstreben wir:

1. ERHÖHUNG DER PRODUKTIVITÄT UND DES LEBENSSTANDARDS

Die gewonnene Versorgungsbasis muß ausgebaut, die Verbrauchsgüterproduktion verbilligt und die Qualität der billigen Waren weiter verbessert werden. Den Gütern eines gehobenen Verbrauches müssen neue Käuferschichten erschlossen werden.

Der Bedarf des Verbrauchers, nicht der Befehl der Behörden, soll die Richtung der Produktion bestimmen.

Die deutsche Wirtschaft kann in der internationalen Entwicklung zur Rationalisierung und zur Erhöhung der Produktivität nicht zurückstehen. Die Produktion muß weiter erhöht werden.

Rationalisierung und Produktivitätssteigerung sind die Voraussetzung für Kostensenkungen und für eine echte Mengenkonjunktur, die das Ziel der nächsten Phase der sozialen Marktwirtschaft ist.

Die Christlich Demokratische Union lehnt die Behinderung des Leistungswettbewerbs durch Kartelle und ähnliche Markt-
abreden ab. Der Leistungswettbewerb ist durch beschleunigte Verabschiedung des Kartellgesetzes sicherzustellen. Die Monopolkontrolle muß dafür sorgen, daß marktbeherrschende Einzelunternehmen und Regiebetriebe nicht gegen die Grundsätze des Wettbewerbs verstoßen. Der Schutz gegen unlauteren Wettbewerb ist zu verstärken.

Die Arbeitslosigkeit ist mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen, im Bedarfsfalle auch durch aktive Beschäftigungspolitik der öffentlichen Hand. Die bisherige erfolgreiche Arbeitsbeschaffungspolitik — vor allem in Notstandsgebieten — ist weiter zu führen. Die Umschulung von Arbeitslosen auf neue Produktionszweige ist mit Nachdruck zu fördern.

Alle Anstrengungen müssen darauf gerichtet werden, den Anteil Deutschlands am Welthandel weiter zu erhöhen. Die Exportrisiken müssen tragbar gemacht werden. Für die Seeschifffahrt verlangen wir nach dem Wegfall der letzten Hemmungen besondere Förderung.

Eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Lösung aller dieser Aufgaben ist eine Wirtschafts- und Sozialenquete zur Erlangung klarer Vorstellungen über die wirtschaftliche und soziale Wirklichkeit.

AGRARPOLITIK

Wesentlicher Bestandteil unserer Volkswirtschaft ist eine leistungsfähige Landwirtschaft als Grundlage der Volksernährung. Ihr wichtigster Träger — das dem eigenen Boden ver-

bundene Bauerntum — ist zugleich ein Grundpfeiler des gesellschaftlichen und geistigen Lebens des Volkes.

Daher müssen die bäuerlichen Wirtschaften — insbesondere die Familienbetriebe — erhalten, gefestigt und gefördert werden. Ein einheitliches Agrar- und Bodenrecht unter Anerkennung des Grundsatzes des privaten Eigentums muß schnell geschaffen werden.

Wir brauchen einen wirtschaftlich und sozial gesunden Landarbeiterstand. Deshalb ist der Bau von Landarbeiterwohnungen dringend notwendig. Betriebsfremd genutzte landwirtschaftliche Werkwohnungen sind ihrem ursprünglichen Zwecke wieder zuzuführen. Durch Schaffung von Siedlungen müssen Aufstiegsmöglichkeiten gegeben werden.

Das bäuerliche Schulwesen ist weiter zu fördern. Es findet seine Ergänzung in Bauernhochschulen, die zugleich der Erwachsenenbildung und der staatsbürgerlichen Erziehung zu dienen haben.

Wir wollen die Befreiung der Bäuerin von übermäßiger Arbeitsbelastung und deshalb eine verstärkt steuerbegünstigte Anwendung der Technik in Haus und Hof.

Die landwirtschaftliche Erzeugung ist mit Nachdruck zu steigern bei gleichzeitiger Senkung der Produktionskosten. Zu diesem Zweck müssen die landwirtschaftlichen Marktordnungsgesetze so angewandt werden, daß sie einen Ausgleich der Märkte herbeiführen und stabile, angemessene Preise sichern.

Durch eine abgewogene Zoll- und Handelspolitik muß die Einfuhr von Nahrungsgütern zeit- und mengenmäßig dem echten Bedarf angepaßt werden.

Bei erheblichen wirtschaftlichen Störungen in einzelnen Produktionszweigen der Landwirtschaft hat die Bundesregierung durch Sofortmaßnahmen helfend einzugreifen.

Zur weiteren Rationalisierung der landwirtschaftlichen Betriebsführung sind notwendig: Beschleunigte Flurbereinigung, Hebung der Landeskultur durch Bund und Länder, steuerliche Begünstigung der Technisierung, Ausbau des landwirtschaftlichen Kredit- und Genossenschaftswesens, verstärkter Einsatz von Betriebsmittelkrediten und von Realkrediten zur Erleichterung von Hofübergaben.

Maßnahmen zur Erreichung der wirtschaftlichen Gleichstellung der Landwirtschaft und der sozialen Gleichwertung der Landarbeit im Rahmen der Gesamtwirtschaft sind unverzüglich in Angriff zu nehmen.

Die Sozialpolitik in der Landwirtschaft muß sowohl für den Betriebsinhaber wie für den mitarbeitenden Familienangehörigen und für die familienfremden Arbeitskräfte die notwendigen Sicherungen schaffen. Wir treten ein für die Erhaltung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und Landkrankenkassen, ebenso für eine Sonderregelung der Arbeitslosenversicherung bei langfristigen Arbeitsverträgen.

MITTELSTANDSPOLITIK

Der Mittelstand ist für eine gesund gegliederte Gesellschaft ein unentbehrliches, aufbauendes und verbindendes Element. Tüchtige und verantwortungsfreudige Menschen sollen sich im eigenen Betrieb erfolgreich entfalten können.

Die mittelständischen Berufe haben Anspruch auf eine Ordnung, die auf der Grundlage der Selbstverwaltung das ständische Gemeinschaftsgefühl pflegt und eine fachliche Leistungssteigerung gewährleistet. Durch geeignete Gewerbeförderungsmaßnahmen soll auch besonders die Ausbildung des Nachwuchses intensiviert werden.

Im Wettbewerb müssen gleiche Startbedingungen für alle ohne Rücksicht auf die Betriebsgröße herrschen. Vom Steuersystem her darf kein Zwang zur Konzentration der Betriebe ausgehen. Die betrieblichen Investitionen, besonders zum Zwecke der Rationalisierung, sind durch eine verständige Steuer- und Kreditpolitik zu fördern.

Für die mittelständische Wirtschaft muß eine ihrer Bedeutung entsprechende Beteiligung an öffentlichen Aufträgen sichergestellt werden. Soweit Belegschafts- und Behördenhandel den Wettbewerb verfälscht, ist er zu unterbinden. Regie-Betriebe müssen weitestgehend eingeschränkt werden und dürfen keine steuerlichen Vorteile genießen. Die Schwarzarbeit ist durch gesetzliche Maßnahmen zu verbieten.

In der Sozialgesetzgebung sind die Bedürfnisse der kleineren selbstständigen Unternehmer zu berücksichtigen. Sie sollen am Familienausgleich beteiligt werden.

WOHNUNGSBAU

Trotz außerordentlicher Leistung im Wohnungsbau fehlen noch Millionen von Wohnungen.

Der Wohnungsbau muß darum mit allen Mitteln fortgesetzt werden. Baumethoden sind zu rationalisieren, die private Bautätigkeit zu beleben und die Wirtschaftlichkeit des Hausbesitzes wiederherzustellen. Kapitalzuschüsse aus öffentlichen Mitteln müssen den verschiedenen Bauträgern gleichmäßig zufließen.

Wohnungseigentum und Dauerwohnrecht müssen mehr als bisher gefördert werden. Dazu müssen ein zweites Wohnungsbaugesetz, ein Baulandbeschaffungs- und ein Bodenbewertungsgesetz erlassen werden.

FINANZ- UND STEUERPOLITIK

Der Schutz der Währung ist die vordringlichste Verpflichtung von Regierung und Notenbankleitung. Voraussetzung dafür ist, daß die bewährte Politik des Ausgleichs der öffentlichen Haushalte beibehalten wird.

Wir treten für eine wirtschaftlich sinnvolle Steuerreform ein, die das Steuersystem vereinfacht, überhöhte Steuersätze abbaut und insbesondere die unteren Einkommen entlastet. Sie hat die produktive wirtschaftliche Leistung zu fördern und die soziale Leistungsfähigkeit der Familie zu stärken.

Grundlage für die weitere Hebung des Lebensstandards ist eine ausreichende Kapitalbildung. Sie allein ermöglicht die Investitionen, die nötig sind, um die Produktion zu rationalisieren und auszuweiten, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das Schwergewicht der Förderungsmaßnahmen hat dem Wiederaufbau des Kapitalmarktes zu dienen; diese Maßnahmen müssen dem Sparwillen der breitesten Schichten der Bevölkerung zugute kommen.

2. SICHERUNG DES SOZIALEN FRIEDENS

Unsere Sozialpolitik ist kein Anhängsel an die soziale Marktwirtschaft, sondern deren Ziel.

Das ungeheure soziale Elend, das durch die hinter uns liegende Katastrophe verursacht worden ist, konnte nicht mit einem Schlag beseitigt werden. Wir haben aber durch die Gesetzgebung der letzten vier Jahre in der Linderung und Überwindung der Not große Erfolge erzielt.

Wir haben eine materielle und ideelle Besserstellung der Arbeitslosen, der Kranken, Invaliden, Berufsunfähigen, Witwen und Waisen erreicht. Die Renten wurden wesentlich erhöht.

Fortschrittliche Gesetze zur gerechten Gestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer wurden verabschiedet. In der Sozialversicherung wurde die Selbstverwaltung der Beteiligten wieder hergestellt.

BETRIEBSVERFASSUNG UND MITBESTIMMUNG

Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist maßgebend durch die Christlich Demokratische Union gestaltet worden. Damit haben wir einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung des sozialen Friedens in Betrieb und Wirtschaft geleistet.

Für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes werden wir ein gleichwertiges Recht schaffen.

Wir setzen uns ein für wirtschaftliche Selbstverwaltung nach dem Grundsatz allseitiger Partnerschaft in der gesamten Wirtschaft.

SICHERUNG DER RECHTE DER FAMILIE

Die Familie ist auf jede Weise zu fördern, sie hat ein Recht auf gesetzliche Sicherung eines ausreichenden Einkommens.

Das Gesetz über die Familienausgleichskassen muß verabschiedet werden.

Steuern, öffentliche Lasten, Zuschüsse, Unterstützung und Altersversorgung dürfen nicht nur für den einzelnen, sondern müssen unter Berücksichtigung der Familien festgelegt werden.

Die Familie hat ein Recht auf ausreichenden Wohnraum. Der Gesetzentwurf der Christlich Demokratischen Union zur Schaffung von Familienheimen bietet die Gewähr dafür, daß die Familie mit allen ihren Erfordernissen in den Mittelpunkt der künftigen Wohnungspolitik gestellt ist. Die Verabschiedung dieses entscheidend wichtigen Gesetzentwurfes ist darum ein dringendes Erfordernis.

Auch Mietwohnungen müssen in Ausstattung und Größe so gehalten sein, daß sie Raum für eine gesunde Familie bieten. Die Hergabe öffentlicher Mittel muß nach den Erfordernissen der Familie und nicht nach dem Maßstab der Wohneinheit erfolgen.

KRIEGSOPFERVERSORGUNG

Die Christlich Demokratische Union bekennt sich zu dem Anspruch der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen auf eine der Größe des gebrachten Opfers entsprechende Versorgung durch die Gemeinschaft unseres Volkes. Sie befürwortet eine den Lebensverhältnissen angepaßte Fortentwicklung des bestehenden Rechts.

Die Gestaltung der Versorgung muß so individuell wie möglich sein. Sie darf weder in einem kollektiven Einheitsrentensystem erstarren, noch sich am untersten Lohnniveau orientieren.

Die erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen haben Anspruch auf Sicherung des Lebensunterhalts unter Gewährleistung des ihnen zustehenden Anteils an dem kulturellen Leben unseres Volkes.

Die Kriegsoffer müssen Anteil haben an dem wachsenden Sozialprodukt. Die Versorgungsrenten und die Einkommensfreigrenzen sind an das gestiegene Preis- und Lohngefüge anzugleichen, ebenso an die Verbesserung der übrigen Sozialgesetze unter besonderer Berücksichtigung der Witwen-, Eltern- und Waisenrenten.

Die Möglichkeiten der sozialen Fürsorge sind auszuschöpfen und weiter zu entwickeln. Im Arbeitsprozeß ist den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen ein spezifischer Schutz bei ausreichenden Einstellungsquoten zu gewähren.

Die Verwaltung muß der Bedeutung und Besonderheit des Kriegsofferproblems Rechnung tragen.

SOZIALVERSICHERUNG

Die Sozialversicherung ist ein fester Bestandteil unserer Sozialordnung.

Wir werden die bewährte Form der gegliederten Sozialversicherung beibehalten.

Um einen Überblick über die Leistungen und die Auswirkungen der verschiedenen Versicherungs-, Versorgungs- und Fürsorgezweige zu erhalten, ist die Durchführung einer Sozialenquete dringend erforderlich.

In der sozialen Krankenversicherung ist die verantwortungsvolle Zusammenarbeit zwischen Versicherten, Kassen, Ärzten und Krankenhäusern zu gewährleisten.

Der Arzt darf in seinem Wirken für den Kranken nicht durch bürokratische Fesseln beeinträchtigt werden. Seine berufliche Existenz ist durch angemessene Honorierung zu sichern. Die Gesundheitsfürsorge und -vorsorge bedarf eines weiteren Ausbaues, um die Volkskrankheiten wirksam zu bekämpfen.

ALTERSVERSORGUNG

Wir fördern für die Alten und Invaliden ausreichende Sicherung.

Dazu ist notwendig:

Überführung des bisherigen, von der Not aufgezwungenen Zulage-systems in der Rentenversicherung in ein übersichtliches Berechnungs-system, das eine Selbstberechnung auch für die Empfänger der Altersrenten ermöglicht.

Für die Grundrenten und die Steigerungsbeträge sind klare Abgrenzungen einzuführen, wobei die staatlichen Grundrentenbeträge nur jenen Alten und Invaliden voll zu gewähren sind, welche ein Leben lang der Versicherung aufgrund der Versicherungspflicht angehört haben.

Für den geleisteten Beitrag muß auch die volle Gegenleistung gewährt werden. Das Verhältnis zwischen dem Arbeitseinkommen, aus welchem die Beiträge zur Rentenversicherung geleistet werden, und den gewährten Rentenleistungen ist zu verbessern.

IV. EIGENTUM FÜR ALLE SCHICHTEN DES VOLKES

Menschliche Würde und Existenz sind schwer bedroht durch die kollektivistischen Tendenzen unserer Zeit. Deswegen verlangen wir Eigentum für alle Schichten unseres Volkes. Persönliches Eigentum fördert eine verantwortungsvolle Lebensführung des Menschen und seiner Familie. Je mehr Eigentümer, desto ausgewogener ist das soziale Gefüge und desto gesicherter der soziale Friede.

Daher fordern wir Eigentum an der Wohnung. Wir fordern, wo immer nur möglich, den Bau von Eigenheimen. Darum führt die Christlich Demokratische Union den Kampf um ihr Gesetz zur Schaffung von Familienheimen mit aller Entschlossenheit. Nur so ist es möglich, breiten Schichten unseres Volkes persönliches Eigentum an Herd und Heim zu schaffen. Durch weitere gesetzliche Maßnahmen ist sicherzustellen, daß vor allem den Vertriebenen, Ausgebombten und jungen Familien die Möglichkeit gegeben wird, Eigentum an Wohnungen zu erwerben.

Bei Neubildung von betrieblichem Eigentum sind Arbeiter und Angestellte zu beteiligen. Dadurch erhält die Gleichberechtigung und verantwortliche Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft in der Wirtschaft ihre sichere Fundierung.

Die Verbindung von Mitbestimmung und Miteigentum ist die beste Verwirklichung des machverteilenden Prinzips in der Wirtschaft.

Die Bildung von Miteigentum darf den Lohnstandard nicht beeinträchtigen.

Die Schaffung von Miteigentum ist durch den Staat zu fördern und durch freiwillige Vereinbarungen auf der Grundlage einer Rahmengesetzgebung zu verwirklichen.

Neben dem Eigentum am eigenen Betrieb ist ein System des mittelbaren Eigentums da zu ermöglichen, wo direkte Beteiligungen nicht zu verwirklichen sind.

Verstaatlichung und sozialistisches Gemeineigentum sind keine Lösung der sozialen Frage. Miteigentum am Betrieb ist soziale Tat jenseits von Kapitalismus und Sozialismus und dient der sozialen Ausgestaltung der Marktwirtschaft.

23 V. UNSERE FORDERUNG FÜR DIE JUGEND

Der Jugend, die vom nationalsozialistischen Staat schwer mißbraucht worden ist, muß jede Möglichkeit gegeben werden, den sozialen Rechtsstaat, um den wir uns bemühen, als ihren Staat zu empfinden und anzuerkennen.

Allen Jugendlichen muß die Berufsausbildung und die Begründung einer wirtschaftlichen Existenz ermöglicht werden. Wir brauchen mehr Wohnheime für Lehrlinge; Grundausbildungslehrgänge müssen erheblich erweitert werden. Arbeitslosen Jugendlichen muß im Rahmen der öffentlichen Arbeitsbeschaffung durch Einrichtung von Jugendgemeinschaftswerken der Weg zur wirtschaftlichen Sicherung eröffnet werden. Wir fordern ein Jugendarbeitsschutzgesetz und ein Berufsausbildungsgesetz.

Die aus der Sowjetzone geflüchtete Jugend bedarf in den Aufnahmelagern des Bundes und der Länder besonderer Betreuung und Beratung. Ihre Einordnung muß über Aufnahmeheime und Jugendgemeinschaftswerke gefördert und notfalls durch gesetzliche Einstellungspflicht gesichert werden. Die besondere Lage dieser Jugendlichen erfordert eine weitere Betreuung und Hilfeleistung am neuen Heimort. Diese Aufgaben können nur erfüllt werden, wenn die Mittel für den Bundesjugendplan wesentlich erhöht und die Richtlinien für die Verteilung der Mittel den gestellten Aufgaben entsprechend neu gefaßt werden.

In einem Jugendhilfsgesetz ist sicherzustellen, daß die Leistungen der Kriegsfolgehilfe für die Jugend aus dem Fürsorgerecht herausgelöst werden, und daß die notwendige Unterstützung in gleicher Weise allen hilfsbedürftigen Jugendlichen zugute kommt.

Der zersetzende Einfluß von Schmutz und Schund auf unsere Jugendlichen muß eingedämmt und durch umfassende Förderung des guten Jugendschrifttums und Jugendfilms überwunden werden. Alle Bemühungen der Jugendverbände im Kampf gegen geistige und materielle Not unserer Jugend sind auf jede Weise zu fördern.

VI. DEUTSCHLAND IN DER GEMEINSCHAFT DER FREIEN VÖLKER

Die Bundesrepublik Deutschland handelt stellvertretend für alle Deutschen in Ost und West, denen es versagt ist, in einem freien sozialen Rechtsstaat zu leben. Es bleibt unsere Kernaufgabe, auf friedlichem Wege allen Deutschen die gemeinsame Heimat zu geben.

Die Politik der Sowjetunion hat bis jetzt die Vereinigung Deutschlands in einem freien, auf der Achtung der Menschenrechte beruhenden deutschen Staate verhindert. Die Christlich Demokratische Union wird nicht aufhören, mit allen Kräften und letzter Entschlossenheit weiter für die Wiedervereinigung zu arbeiten. Dabei ist die Stärkung, Sicherung und Behauptung des freien Berlin eine dringende Pflicht. Wir müssen mit allen Mitteln die Berliner Wirtschaft weiter stärken und die Arbeitslosigkeit überwinden.

Die von der Christlich Demokratischen Union getragene Außenpolitik hat das deutsche Volk aus der tödlichen Vereinsamung, in die es durch die Katastrophe von 1945 geraten war, wieder in die Gemeinschaft der übrigen Völker zurückgeführt.

Angesichts des sich immer schärfer abzeichnenden Gegensatzes zwischen den freien demokratischen Völkern und dem von der Sowjetunion beherrschten Teil der Erde konnte ein freies Deutschland seinen Platz nur in der Gemeinschaft der freien Völker suchen. Der Glaube an die Möglichkeit einer neutralen Existenz Deutschlands ist unreal, solange die gegenwärtige Weltspannung fortbesteht.

Die Christlich Demokratische Union hat die Bestrebungen zur Einigung Europas von Anfang an mit allen Kräften unterstützt und ihnen eigene starke Impulse gegeben. Der Beitritt der Bundesregierung zum Europarat, die Gründung der Montanunion und die Annahme des Deutschland-Vertrages und des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft waren die wichtigsten Stationen des von uns mit unbeirrbarer Entschlossenheit beschrittenen Weges.

Die Zusammenfassung dieser Institutionen zur Europäischen Politischen Gemeinschaft ist unsere nächste große Aufgabe. Zwar wurde die von uns im Bunde mit den gleichgesinnten Europäern erstrebte

Einigung in der Not einer gemeinsamen Bedrohung geboren. Sie bleibt uns jedoch auch unabhängig davon ein selbständiges großes Ziel. Vor allem wird sie die lange unselige Epoche der europäischen Bruderkriege beenden.

Die politische und wirtschaftliche Einigung Europas müssen Hand in Hand gehen. An die Stelle nationalstaatlicher Einzelwirtschaften mit ihrer Neigung zur gegenseitigen Abschließung und Behinderung des Warenaustausches muß der einheitliche europäische Markt treten, damit die produktiven Kräfte sich frei entwickeln und den Wohlstand der Völker sichern können.

Die Christlich Demokratische Union begrüßt daher die hoffnungsvollen Anfänge europäischer wirtschaftlicher Zusammenarbeit, insbesondere die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Wir werden allen weiteren Schritten auf diesem Wege unsere nachdrückliche Unterstützung geben zur Verwirklichung eines freien Wettbewerbs und Leistungsaustausches unter den Völkern Europas.

Die Einigung der freien Völker des europäischen Kontinents würde für sich allein nicht zur Abwehr eines eventuellen bolschewistischen Angriffs genügen. Daher muß sie notwendig im engen Zusammenhang mit der übrigen freien Welt, vor allem mit der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft, erfolgen.

Diese Politik hat keinen aggressiven Charakter. Auch wenn im Laufe ihrer Verwirklichung Deutsche wie andere Europäer Verteidigungswaffen tragen, bleibt sie Politik des Friedens. Es gibt in der heutigen Welt kein Gebiet, das stärker an der Sicherung des Friedens interessiert wäre als Deutschland und die anderen Völker Europas.

Die Gefahr eines auf europäischem Boden ausgetragenen Krieges wird eher heraufbeschworen durch eine Politik der Uneinigkeit und der Rat- und Tatenlosigkeit, als durch die entschiedene Bereitschaft des deutschen Volkes, in der Gemeinschaft der freien Völker für die Erhaltung des Friedens und die Verteidigung ihrer Freiheit einzutreten.

Wir sind fest davon überzeugt, daß die von uns verfolgte Politik dem Ziele der politischen Einigung Gesamtdeutschlands in Freiheit am Besten dient, ja, daß sie zur Erreichung dieses Zieles geradezu notwendig ist.

Es ist ein ebenso leichtfertiges wie unzutreffendes Argument unserer politischen Gegner, die Politik der europäischen Einigung gefährde die deutsche Wiedervereinigung.

Niemand hat dem deutschen Volke einen Weg gewiesen, auf dem die deutsche Einheit in Freiheit anders als auf die von uns vertretene Weise zu erreichen wäre. Wir befürworten Verhandlungen mit der Sowjetunion, an denen die Bundesrepublik nach Inkrafttreten der Verträge beteiligt sein wird, mit dem Ziel der deutschen Wiedervereinigung in Freiheit. Wir sind überzeugt, daß sich die Sowjetunion zu ernsthaften Verhandlungen dann bereitfinden wird, wenn sie mit der Fortdauer der europäischen Zersplitterung und Schwäche nicht mehr rechnen kann. Die Behauptung, es gäbe dann nichts mehr zu verhandeln, weil durch unsere Politik der europäischen Einigung unabänderliche Tatsachen geschaffen worden seien, ist durch nichts mehr zu beweisen. Wir werden nicht aufhören, uns mit allen Kräften für die deutschen Kriegsgefangenen und Internierten einzusetzen, die acht Jahre nach Kriegsende immer noch festgehalten werden.

Die Christlich Demokratische Union hatte auf jeder Strecke ihres außenpolitischen Weges gegen eine erbitterte Opposition zu kämpfen. Alle Kritiken, Befürchtungen und Warnungen, die die Opposition bei jedem wichtigen Schritt kundtat, wurden durch die Ereignisse widerlegt. Die Opposition vermochte auch niemals, eine eigene außenpolitische Lösung vorzuschlagen.

Auf dem Weg zu unserem Ziel: Freiheit und Frieden für alle Deutschen, sind wir ein großes Stück vorwärts gekommen. Wir können es nur erreichen, wenn wir auf dem eingeschlagenen Wege mutig und unbeirrt weitergehen.

Der Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands hat am 22. April 1953 in Hamburg dieses Programm für den zweiten Deutschen Bundestag einmütig beschlossen. Wir legen es dem deutschen Volke vor und rufen es auf, mit uns zusammen das große Werk zu vollenden:

DEUTSCHLAND SOZIALER RECHTSSTAAT IM GEEINTEN EUROPA

Herausgeber:

Bundesgeschäftsstelle der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bonn, Nassestr. 2

KAS/ACDP 07-001-22011

07-001-22011